

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Antje Hermenau,
Vera Lengsfeld, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4946 –**

Neue Impulse für den Aufbau Ost

A. Problem

Die Förderpolitik der vergangenen Jahre in den neuen Ländern hat neue strukturelle Fehlentwicklungen hervorgerufen und insbesondere die Entwicklung eines überdimensionierten Bausektors stimuliert und durch die hohen Abschreibungssätze volkswirtschaftlich nicht sinnvollen Investitionen zum Durchbruch verholfen und damit zugleich raumwirtschaftlich negative Entwicklungen verstärkt. Angesichts der noch bestehenden Schwächen der aus der DDR übernommenen Wirtschaftsstruktur und des derzeitigen konjunkturellen Einbruchs in Ostdeutschland, ist die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern kein selbsttragender Prozeß, sondern noch immer von hohen gesamtstaatlichen Transfers abhängig. Daher ist der Solidaritätszuschlag auf absehbare Zeit nicht zu kürzen und ein zukünftiger Abbau an nachvollziehbare Fortschritte bei der wirtschaftlichen Angleichung von Ost- und Westdeutschland und an einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern zu binden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4946.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten sind nicht quantifizierbar.

E. Sonstige Kosten

Kosten sind nicht quantifizierbar.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4946 – abzulehnen.

Bonn, den 12. Mai 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Sabine Kaspereit
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4946 – wurde in der 113. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat in seiner 54. Sitzung am 6. November 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 79. Sitzung am 16. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner 40. Sitzung am 9. Oktober 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ebenfalls die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 9. Oktober 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 25. September 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 14. Mai 1997 gutachtlich an der Beratung der Vorlage

beteiligt und mehrheitlich die Ablehnung des Antrages empfohlen.

III.

Aufgrund der bestehenden Schwächen der aus der DDR übernommenen Wirtschaftsstruktur und der Förderpolitik der vergangenen Jahre, die zu neuen strukturellen Fehlentwicklungen geführt hätten, sei das wirtschaftliche Wachstum in den neuen Ländern ins Stocken geraten und noch immer kein selbsttragender Prozeß. Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage sei es heute noch schwieriger als vor fünf Jahren, die Bereitschaft der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, zu teilen und die für die Einheit erforderlichen Lasten solidarisch zu tragen. Angesichts der durch verschiedene Faktoren bedingten Anspannung aller öffentlichen Haushalte sei die Aufbau-Ost-Förderung zunehmend unter Druck geraten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordern die Antragsteller zum einen, den Solidaritätszuschlag auf absehbare Zeit nicht zu kürzen. Ein zukünftiger Abbau müsse an nachvollziehbare Fortschritte bei der wirtschaftlichen Angleichung und an einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern gebunden werden. Die Arbeitsförderung für die neuen Länder dürfe nicht abreißen und Reformen müßten auf Verbesserungen der arbeitsmarktlchen Wirkung und nicht auf vordergründige Miteinsparung ausgerichtet werden. Ferner fordern die Antragsteller eine Aktualisierung der Förderstrategie, die den erkennbaren Fehlentwicklungen entgegensteuert, die Unübersichtlichkeit zwischen den verwirrend vielfältigen deutschen und europäischen Förderprogrammen beseitigt, Inkonsistenzen abbaut und die sich auf die Hauptschwachstellen der ost-deutschen Wirtschaft konzentriert. Notwendig sei ein zielorientiertes Konzept, um den Aufbau einer leistungsfähigen, beschäftigungsintensiven und ökologisch angepaßten mittelständischen Wirtschaft in den neuen Ländern zu fördern.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 55. Sitzung am 12. Mai 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/4946 – zu empfehlen.

Bonn, den 12. Mai 1997

Sabine Kaspereit

Berichterstatlerin